



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa, Claudia Köhler, Tim Pargent, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Kostenexplosionen verhindern – effektives Projektcontrolling im staatlichen Hochbau gewährleisten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr mündlich und schriftlich zu berichten, wie das von der Staatsregierung entwickelte Konzept zur Kosten- und Terminalsicherheit bei staatlichen Hochbaumaßnahmen bei Planung, Vergabe und Durchführung greift und welche Verbesserungen dadurch seither erreicht werden konnten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche Reformvorschläge der Reformkommission „Bau von Großprojekten“ der Bundesregierung mittlerweile in der bayerischen Bauverwaltung konkret wie umgesetzt werden und welche Erfahrungen man damit gemacht hat? Welche Reformvorschläge im Freistaat darüber hinaus geprüft wurden, welche gegebenenfalls verworfen wurden und aus welchen Gründen?
- Inwiefern die verstärkte Vergabe an Generalunternehmen geprüft wurde und unter welchen Voraussetzungen dies erfolgt?
- Inwiefern der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bei Planung, Vergabe und Durchführung verstärkt eingebunden wird?
- Für welche Projekte die 2018 geschaffene Stabsstelle in der Obersten Baubehörde derzeit zuständig ist (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), welches Volumen die jeweiligen Projekte haben, in welche Kategorie der Kostenkontrolle (Grün, Gelb, Rot) diese derzeit eingestuft sind und inwiefern für diese Maßnahmen der Zeitplan eingehalten wird?
- Über welche Projekte im roten Bereich der Haushaltsausschuss bislang informiert wurde, in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis? Welche Projekte derzeit auf der „Kippe“ zum roten Bereich stehen und was die Gründe hierfür sind?
- Welche Projekte des Staatlichen Hochbaus mit einem Umfang von 1 bis 20 Mio. Euro unterliegen derzeit einem Controlling (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), für welche Projekte und in welcher Höhe sind Kostensteigerungen festzustellen und welche Maßnahmen zur Rückkehr zum eigentlichen Kosten- und Zeitrahmen werden ergriffen?
- Unter welchen Voraussetzungen wird eine externe Projektsteuerung eingesetzt, bei welchen Projekten ist das derzeit der Fall und wie die Staatsregierung den Einsatz im Hinblick auf die Gewährung von Kosten- und Terminalsicherheit beurteilt?

- Wie der Sachstand zur Überarbeitung der Richtlinien für die Durchführung von Hochbauaufgaben des Freistaates Bayern – RIBau2011 ist, welche Punkte hierbei zur Diskussion stehen und welche Ergebnisse gegebenenfalls schon vorliegen?
- Wie viele Stellen (Voll- und Teilzeit) es insgesamt in der bayerischen Bauverwaltung gibt, die für das Controlling zuständig sind und wie sich die Stellenzahl in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat? In welchem Umfang in den vergangenen Jahren organisatorische Änderungen und personelle Verbesserungen in der Bauverwaltung zur Steigerung der Kosten- und Terminalsicherheit vorgenommen wurden?
- Welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen will, um auf Kostensteigerungen beim Staatlichen Hochbau schnellstmöglich reagieren und gegensteuern zu können?

**Begründung:**

Kostensteigerungen im Staatlichen Hochbau sind aus Sicht des Haushaltsgesetzgebers und für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein großes Ärgernis. Im Zeitraum von 2006 bis 2016 hatten die Kostensteigerungen im Staatlichen Hochbau insgesamt 7,2 Prozent im Vergleich zur genehmigten Haushaltsunterlage-Bau betragen. Aktuell zeigt sich die Problematik an der enormen Kostensteigerung für das NS-Dokumentationszentrum am Obersalzberg. Probleme bei Großprojekten, etwa Überschreitungen von geschätzten Kosten sowie von Terminen, haben den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration dazu bewogen, ein abgestimmtes Konzept zur Kosten- und Terminalsicherheit im Staatlichen Hochbau zu entwickeln. Dazu gehört beispielsweise die Einrichtung einer Stabsstelle in der Obersten Baubehörde zum Controlling von Großbauprojekten. Über die Gesamtheit der ergriffenen Maßnahmen ist dem Landtag zu berichten.